

1. Vorstandssitzung 2014 am 07. März 2014 in Neuss

Unter Leitung des Vorsitzenden des Fachverbandes der Kämmerer in NRW Manfred Abrahams, Stadtdirektor und Kämmerer der Landeshauptstadt Düsseldorf, fand die erste Vorstandssitzung des Jahres 2014 in Neuss statt. Gastgeber Frank Gensler, Erster Beigeordneter und Kämmerer der Stadt Neuss, empfing seine Kolleginnen und Kollegen im Ratssaal der Stadt.

Der Vorsitzende gratulierte aus aktuellem Anlass mit einem lachenden und einem weinenden Auge Schatzmeister Dieter Freytag zur Wahl zum Bürgermeister der Stadt Brühl. Mit einem lachenden Auge weil er sicher ist, dass der neue 1. Bürger der Stadt Kommunalpolitik „leben kann“ und genau weiß, was Kommunalpolitik für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Brühl bedeutet. Mit einem weinenden Auge wegen der Tatsache, dass der Fachverband der Kämmerer in NRW kurzfristig seinen langjährigen Schatzmeister verlieren wird. Herr Abrahams wies darauf hin, dass der Fachverband in den 63 Jahren seines Bestehens nur 3 Schatzmeister hatte, wobei der 2. Schatzmeister Hans Roleff, der am 14. April 2014 100 Jahre alt wurde (siehe Bericht in Ausgabe 06/2014 „der gemeindehaushalt“), von 1958 bis 23.05.1997 Schatzmeister des Kämmererverbandes war und somit unmittelbarer Vorgänger des (noch) amtierenden Schatzmeisters Dieter Freytag. Einen weiteren Glückwunsch richtet Herr Abrahams an den langjährigen Vorsitzenden des Fachverbandes Dr. Johannes Werner Schmidt, Stadtdirektor und Kämmerer a.D. der Stadt Essen, der im Dezember 2013 seinen 80. Geburtstag feiern konnte. In einer kleinen Laudatio würdigte der Vorsitzende die besonderen Verdienste des Jubilars.

Einen interessanten Vortrag zum Thema „KfW Fördermöglichkeiten für Kommunen und kommunale Unternehmen“ hielten die Herren Andreas Ronge und David Michael Näher von der KfW Bankengruppe Kommunal- und Privatkundenbank/ Kreditinstitute, Berlin. Herr Näher berichtete über die in- und ausländische Förderung der KfW Bankengruppe des Jahres 2013 sowie die Zusagezahlen der Infrastrukturfinanzierung bundesweit und des Bundeslandes NRW. Neben dem allgegenwärtigen Investitionsstau bei der kommunalen Infrastruktur sind vor allem die demografische Entwicklung sowie der Umwelt- und Klimaschutz große Herausforderungen, vor denen die Kommunen heute stehen. Herr Ronge erläutert im zweiten Teil die Förderprogramme der KfW für Kommunen und kommunale Unternehmen. Neben der Basisfinanzierung bietet die KfW für unterschiedliche Verwendungszwecke zinsgünstige Investitionskredite an. Der Vortrag ist auf der Homepage des Fachverbandes veröffentlicht worden.

Hinsichtlich der Resonanz auf die Herbsttagung des Fachverbandes am 20.11.2013 in Mönchengladbach und die dort verabschiedete „Mönchengladbacher Erklärung der nordrhein-westfälischen Kämmerer“ berichtete der Vorsitzende über durchweg positive Reaktionen. Die „Mönchengladbacher Erklärung“ habe er an die betroffenen Institutionen in Bund und Land versandt, wobei er sich mehr fundierte Antworten gewünscht hätte. Man war sich jedoch einig, dass die eher zurückhaltende Rückmeldungsquote aus dem politischen Raum und gerade der Hinweis darauf, die Resolution zuständigkeithalber an jemand anders geschickt zu haben, eher ein gutes Zeugnis sei. Denn es zeige die Stärke der Erklärung, ansonsten könnten die Beteiligten selbst antworten und müssten sie nicht weiterleiten. Im Übrigen ist die „Mönchengladbacher Erklärung“ von zahlreichen NRW-Kämmerern zum Anlass genommen worden, über die Forderungen mit den örtlichen Landes- und Bundespolitikern und den Ratsvertretern zu diskutieren.

Intensiv diskutiert wurden auch die aktuellen Themen Fifo-Gutachten/ GFG 2015, Umgang mit der Inklusion und dem Konnexitätsprinzip, die im Februar 2014 erlassenen Festsetzungsbescheide zur Solidarumlage sowie die in Arbeit befindliche Verfassungsklage gegen das Stärkungspaktgesetz.

Das Fifo-Gutachten zu den Sozialausgaben, vergeben im Auftrag der IHK, hat zu erheblichen Irritationen zwischen den Entscheidungsträgern, aber auch zwischen den Ministerien geführt und wird die politische Diskussion weiter begleiten. Es nimmt eine Reihe von methodischen Weiterentwicklungen vor, bei denen es noch Klärungsbedarf gibt, wobei nach dem derzeit stattfindenden Beratungsprozess vermutlich manche Punkte einvernehmlich geklärt werden können. Es bleiben auch politische Verteilungsentscheidungen, die trotz erneuter Begutachtung durch den Gutachter streitig bleiben werden, weil die dahinterliegenden Verteilungsinteressen unterschiedlich sind.

Weiter wurde berichtet, dass sich die kommunalen Spitzenverbände derzeit intensiv dafür einsetzen, dass früher als bisher Planungsdaten für die Haushaltsberatungen zur Verfügung gestellt werden, damit es in den weiteren Haushaltsberatungsverfahren möglichst nicht mehr zu solch großen Verschiebungen kommt und um die Unsicherheiten im Planungsprozess möglichst gering zu halten.

Einen breiten Raum nahm die am 01. Januar 2014 in Kraft getretene Novellierung des nordrhein-westfälischen Stärkungspaktgesetzes ein, wonach die vermeintlich wohlhabenden Städte und Gemeinden zur Mitfinanzierung des Stärkungspaktes herangezogen werden. Da die Solidaritätsumlage alles andere als unstrittig ist, wird ein verfassungsgerichtliches Verfahren folgen, so der Vorsitzende, der dazu berichtete, dass die 59 betroffenen Städte und Gemeinden eine Klage vor dem Verfassungsgericht in Münster vorbereiten. U.a. soll der angesehene Staatsrechtler Prof. Paul Kirchhof für eine Mitarbeit gewonnen werden, da versucht werden soll, auch über das aktuelle Thema Solidarumlage hinaus eine grundsätzliche umlagerechtliche Klärung herbeizuführen.

Was die allgemeine Finanzsituation der Kommunen in NRW betrifft, so wurde festgestellt, dass auch in einer guten Steuereinnahmesituation der Haushaltsausgleich nicht nur nicht flächendeckend, sondern zunehmend nicht gelingt. Sollte sich die wirtschaftliche Situation etwas abkühlen, ist davon auszugehen, dass nicht nur für den Bereich des Stärkungspaktes, sondern auch weit darüber hinaus eine Situation eintreten wird, die durchaus härter ist als das, was die Kommunen in den Jahren 2009 bis 2011 erlebt haben. Deshalb sollte im politischen Raum tunlichst vermieden werden zu behaupten, dass sich die finanzielle Situation verbessert hat. Es ist viel geschehen, insbesondere auf kommunaler Ebene ist viel konsolidiert worden, aber insgesamt ist keine Verbesserung der Situation eingetreten.

Weiterhin befasste sich der Vorstand mit den Vorbereitungen der Herbsttagung am 03. November 2014 in Recklinghausen (Ruhrfestspielhaus). Konkrete Beschlüsse werden in der nächsten Vorstandssitzung am 12. Juni 2014 in Münster gefasst.